

→ SD
3M I - Sozialausschuss
3M II z.K.

Stellungnahme: 3M I und 3M II
gemeinsam

Tel.: 03741 / 291 1033
Fax.: 03741 / 291 31033
Email.: Fraktion.CDU@plauen.de

h. G.

Stadtverwaltung Plauen

Oberbürgermeister
Herr Ralf Oberdorfer

Reg. Nr. 216-17
h. G.



Plauen, 21.09.2017

Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion beantragt folgende Änderung zum Antrag Reg.-Nr. 211-17 vom 16.08.2017:

Der Beschlusstext Punkt 3. Streetworker wird gestrichen und durch den folgenden Antragstext ersetzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, jährliche Schulungsmaßnahmen der Mitarbeiter im gemeindlichen Vollzugsdienst in Kommunikation und Hilfestellung für sozial benachteiligte und verhaltensauffällige Personen durchzuführen.

Hierbei sollen Kompetenzen hinsichtlich Sucht- und Gewaltprävention sowie Konfliktlösung vermittelt werden. Dabei ist auch die Vermittlungskompetenz von Wohnraum, Transferleistungen oder Beschäftigungsmöglichkeiten grundlegend.

Ein weiterer Schwerpunkt der Schulung ist die Prävention und Intervention bei Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.

Seitens der Verwaltung ist zu diesen Themen ein Seminarplan für die nächsten drei Jahre zu erstellen und dem Bildungs- und Sozialausschuss bis zum Dezember 2017 zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Anders, als im vorangegangenen Antrag, soll nicht nur ein einzelner Streetworker über diese Kompetenzen verfügen, sondern die gesamte Mitarbeiterschaft des Ordnungsamtes. Mit solch einem breit aufgestellten, geschulten Team kann eine zielorientierte und effektive Arbeit erfolgen, die an vielen Punkten gleichzeitig ansetzt, da jeder Mitarbeiter dieses erlernte Grundwissen situativ umzusetzen kann. Entscheidend sind hierbei das Erkennen von Brennpunkten und die zielgerichtete Informationsweitergabe an Experten und Fachleute oder Vereine.

Die Mitarbeiter können mit ihrer konstruktiven Arbeit dazu beitragen, unsoziales Verhalten, zum Beispiel durch Gesprächsaufnahme mit Betroffenen, zu mindern. Außerdem ist eine Ausgrenzung jedweder Personengruppen zu verhindern.

...

Bei allen Kontrollen im Zuge der Sperrbezirksverordnung sollen die Mitarbeiter des Ordnungsamtes durch die geschulte Sensibilisierung Anzeichen für eine tatsächliche sexuelle Ausbeutung von Menschen erkennen sowie die Informationen im Verdachtsmoment gezielt an die Polizei oder Hilfsorganisationen weitergeben.



Jörg Schmidt
Fraktionsvorsitzender